

**Protokoll der Sitzung des JHA
vom 08.02.2018 Zeit: 15:40 Uhr – 17:50 Uhr**

Ort: Senatorin für Kinder und Bildung

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Möhle

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 19.02.2018

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt

Herr Dr. Schlepper schlägt für TOP Verschiedenes das Thema Gesundheitsvorsorge in Kitas vor.

Frau Ahrens äußert ihr Missfallen über die verspätete Zuleitung der Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 10 und regt an zu prüfen, die Unterlagen für den Unterausschuss der Deputation für Kinder und Bildung zeitgleich auch an den JHA zu senden.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

keine

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 26.10.2017

Die Protokolle der Sitzungen vom 26.10.2017 und 23.11.2017 werden genehmigt

TOP 4: Bremische Landesrahmenempfehlung über die Früherkennung und Frühförderung nach dem SGB IX sowie gemäß der Frühförderverordnung (FrühV) – BremFrüHE-

- Vereinbarungen von Fachkräftestandards für die Erbringung der Heilpädagogischen Leistungen im Rahmen der Interdisziplinären Frühförderung
- Ausnahmegenehmigungen/berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen

Der TOP wurde in der Sitzung des LJHA erörtert und beschlossen, in der Sitzung des städtischen JHA lediglich aufgerufen und gleichlautende Protokollierung vereinbart.

Frau Fiedler führt in die Vorlage ein und erläutert die Notwendigkeit der Überarbeitung auf Grund der Vielzahl der zu erfassenden Qualifikationen, des steigenden Bedarfs an Fachkräften, der Notwendigkeit der Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen und der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Außerdem müssten Verfahren der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse entwickelt und geregelt werden. Frau Hellbach unterstreicht die Erfordernisse guter Planungen in diesem Zusammenhang. Herr Dr. Schlepper weist darauf hin, dass im norddeutschen Raum weitaus weniger Fachkräfte der einschlägigen Berufsgruppen ausgebildet werden als in Süddeutschland, was den Fachkräftemangel auch in Bremen noch verschärft. Er macht auf die Belastungen für die Träger aufmerksam, die im Zusammenhang mit der Notwendigkeit berufsbegleitender Qualifizierungen vor dem Hintergrund gleichzeitig steigender Zahlen von Kindern mit entsprechendem Bedarf entstehen. Im Verlauf der Erörterung wird die Vorlage überwiegend begrüßt. Auf Nachfragen erläutert Frau Hellbach den Zielkonflikt zwischen Fachkräftebedarf und Qualifikationsanforderungen und betont, dass Standardabsenkungen keineswegs vorgesehen seien. Finanzierungsfragen, auch im Zusammenhang mit der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssten im Übrigen in der Vertragskommission geklärt werden. Frau Fiedler verweist auf die durchaus vorhandenen Vorqualifikationen hin und erläutert die darauf aufbauenden Qualifizierungsstandards, die sich an den vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. empfohlenen Standards orientieren. Für die LAG unterstreicht Frau Kastens die durchaus guten vorhandenen Vorqualifikationen und erläutert die Chancen der Mitarbeiter*innen der Träger, sich im Arbeitsfeld der Frühförderung beruflich weiterzuentwickeln. Frau Hild hebt die gute Beteiligung Bremerhavens hervor, teilt mit, dass der dortige städtische Jugendhilfeausschuss noch nicht mit der Vorlage befassen konnte; da er erst später tagt. In Bremerhaven würden im Übrigen für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse die entsprechenden Beratungsstellen einbezogen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Hellbach, Herr Dr. Schlepper, Frau Ahrens, Frau Fiedler, Frau Kohlrausch, Frau Leonidakis, Herr Acar, Frau Hild, Frau Frank, Herr Remkes

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Verabschiedung erweiterter Vereinbarungen von Fachkräftestandards zur Erbringung der Heilpädagogischen Leistungen und die Entwicklung eines Rahmenplans zur berufsbegleitenden Qualifizierung für Fachkräfte in der Heilpädagogischen Frühförderung im Land Bremen sowie die vereinbarten Verfahren zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung bei der Fachkräfteanerkennung.

Zur Frage einer dauerhaften Anerkennung der Qualifizierung bittet der Jugendhilfeausschuss die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz um Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Zertifizierung der Qualifikationsmaßnahme erfüllt sind.

Gegenstimmen. 0
Enthaltungen: 0

TOP 5: Bundesstiftung Frühe Hilfen - Ablösung der „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ nach § 3 Absatz 4 KKG durch die „Bundesstiftung Frühe Hilfen“

- Neufassung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern
- Förderrichtlinie Land Bremen
- Förderbericht 2017 - Förderplanung 2018
- Fortschreibung des Länderkonzeptes Frühe Hilfen

Der TOP wurde in der Sitzung des LJHA erörtert und beschlossen, in der Sitzung des städtischen JHA lediglich aufgerufen und gleichlautende Protokollierung vereinbart.

Frau Hellbach weist einleitend auf die Notwendigkeiten der Anpassung durch die nunmehr geplante Finanzierung durch die Bundesstiftung Frühe Hilfen hin und erläutert, dass hierdurch ein föderales Problem der Finanzierung durch den Bund gelöst werde. Frau Adamaszek erläutert ergänzend, dass es sich bei der „Richtlinie des Landes Bremen zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen“ um einen Entwurf handele. Frau Frank hebt den entsprechenden Vorstoß des BMFSFJ, die Finanzierungen vor Ort sicherzustellen positiv hervor und erläutert die Vereinfachungen im Zuwendungsgeschäft zwischen Bund und Ländern sowie die Flexibilisierung der Mittelverwendung.

Nach Hinweisen im Zuge der Erörterung, die Mittel des Bundes würden insbesondere für Großstädte und Ballungsräume wegen dortiger verdichteter Problemlagen nicht ausreichen, erläutert Frau Hellbach, auch auf Bundesebene werde eine Verteilung nach Lebenslagenindizes und Sozialindikatoren vorgenommen, außerdem handele es sich bei dem Bundesprogramm keineswegs um kostendeckende Förderung sondern ein Ergänzungsprogramm zu kommunalen Leistungen. Frau Hild ergänzt, auch in Bremerhaven erfolge, zusätzlich zu den bereits aufgewandten erheblichen kommunalen Mittel eine Verteilung der Bundesmittel auf der Basis von Sozialindikatoren. Ein negativer Aspekt seien die fehlenden Möglichkeiten der ergänzenden Finanzierung durch das Bundesprogramm, sofern zuvor schon eine vollständige Finanzierung aus kommunalen Mittel erfolge.

Es wird eine getrennte Abstimmung der 5 Beschlusspunkte beschlossen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Adamaszek, Frau Frank, Frau Leonidakis, Frau Hellbach, Frau Hild, Frau Ahrens

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Konstituierung der Bundesstiftung Frühe Hilfen sowie die Verstärkung der Fördermittel des Bundes und die Neufassung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern einschließlich der Leistungsleitlinien zur Kenntnis.
2. Er nimmt den Entwurf der Förderrichtlinien des Landes zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

3. Er bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um Vorlage des aktualisierten Verteilerschlüssels zwischen Bund und Ländern sowie zur landesinternen Verteilung nach Maßgabe noch zu treffender Grundsatzentscheidungen auf Bund- Länder Ebene.
4. Er nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport über die Förderschwerpunkte 2017 und die Planung 2018 zur Kenntnis.
5. Er bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um fortlaufende Einbeziehung bei der Fortschreibung des Landesrahmenkonzeptes.

Es wurde getrennte Abstimmung der 5 Beschlusspunkte beschlossen.

Es ergab sich folgendes Abstimmungsergebnis:

- | | | |
|----|--------|--------------|
| 1. | | einstimmig |
| 2. | | 1 Enthaltung |
| 3. | bis 5. | Einstimmig |

**TOP 6: Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen 2018
hier: Vorbereitung der Aufstellung der Vorschlagslisten**

Herr Möller führt in die Vorlage ein und dankt der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V., dem Bremer Jugendring sowie der Abteilung 3 der Senatorin für Kinder und Bildung für die Weiterleitung eines Schreibens der Jugendamtsleitung an die Träger, Einrichtungen und Verbände. In diesem Schreiben wurde dafür geworben, dass sich erzieherisch befähigte und in der Jugendberziehung erfahrene Personen zur Verfügung stellen. Er weist darauf hin, dass die Vorschlagsliste vom Jugendhilfeausschuss durch Beschlussfassung über die Aufnahme in die Vorschlagsliste aufgestellt werde. Diese solle in der Sitzung des JHA am 7. Juni 2018 geschehen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: ./.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage über die Vorbereitung der Aufstellung der Vorschlagslisten im Rahmen der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen 2018 zur Kenntnis

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 1

TOP 7: Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen

Herr Tappe führt in die Vorlage ein und erinnert an die Vorgeschichte der Durchführung eines richtungsweisenden Fachtages zum Thema „Schwere Jungs oder Schwerfälligkeit der Hilfesysteme“ am 06. September 2016 sowie des Beschlusses des Senats, von der Errichtung einer Einrichtung zur fakultativ geschlossenen Unterbringung angesichts vorhandener oder schon in Entwicklung befindlicher anderer Angebote für die Zielgruppe abzusehen. Nunmehr werde dem Senat der hier dem JHA zu Kenntnisnahme vorgelegte Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen zugeleitet.

Der vorgelegte Bericht und die darin dargestellten Arbeitsansätze, Angebote und Maßnahmen werden überwiegend gelobt. Frau Ahrens bekräftigt die Position ihrer Fraktion für eine fakultativ geschlossene Unterbringung. Im Verlauf der weiteren Erörterung wird darauf hingewiesen, dass für eine Einrichtung zur Entgiftung drogenabhängiger Minderjähriger ein dringender Bedarf gesehen werde, eine Bedarfsanalyse auf der Basis von Mengengerüsten für eine bedarfsadäquate Ausgestaltung der dargestellten Angebote als empfehlenswert angesehen werde. Herr Diener erläutert die Schwierigkeiten der präzisen Bildung von Kategorien und Mengengerüsten angesichts der Vielfalt an Ausprägungen komplexer Problemlagen Jugendlicher. Frau Frank präzisiert den Charakter der Vorlage als einen Bericht über die weiteren Planungen sowie das weitere Vorgehen auf der Grundlage eines bereits vom Senat beschlossenen Maßnahme Plans und erläutert, dass es sich hier um ein ressortübergreifend abgestimmtes Vorgehen und die Darstellung der Maßnahmen verschiedener Ressorts handele. Mögliche Angebote würden auch ressortübergreifend geprüft, beispielsweise sei das Angebot der Einrichtung Sattelhof auf Zustimmung der Jugendrichterinnen und Jugendrichter gestoßen. Die Bedarfsgerechtigkeit der Konzepte der Einrichtungen müsse im Zuge des vorgeschriebenen Verfahrens zur Erteilung der Betriebserlaubnis sowie des Abschlusses entsprechender Leistungs- und Entgeltvereinbarungen stets geprüft werden. Herr Möhle fasst zusammen, dass der JHA auch Berichte der anderen am Gesamtmaßnahmeplan beteiligten Ressorts wünsch, er eine Einrichtung zur Entgiftung drogenabhängiger Minderjähriger als erforderlich ansieht sowie der Verwaltung empfiehlt, die Maßnahmen und Angebote auf ihre Bedarfsgerechtigkeit zu überprüfen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Tuncel, Herr Möhle, Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Herr Dr. Güldner, Frau Görgü-Philipp, Herr Diener, Frau Frank

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Gesamtmaßnahmeplan für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 8: Trägerfindung für die im Rahmen der Direktvermarktung zu veräußernden Grundstücke

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein und hebt hervor, dass es hier vorrangig um die Trägerfindung gehe. Auf Kritik, an der Veräußerung öffentlicher Flächen für den Betrieb von Einrichtungen durch private oder freie Träger sowie an der fehlenden Nachvollziehbarkeit der Wirtschaftlichkeitsprüfung, teilt er mit, KiTa Bremen sei hier zwar nicht Gegenstand, sei aber als Träger in hochverdichteten Bereichen aktiv, der JHA werde mit der Auswahl geeigneter Träger im Übrigen befasst werden und Fragen der Wirtschaftlichkeit seien Gegenstand der Befassung im Haushalts- und Finanzausschuss.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Herr Jablonski

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 9: Kita-Verstärkungsmittel für Einrichtungen mit besonderen Herausforderungen (0,5 Soz.Päd.-Stellen)

Herr Jablonski erläutert die Vorlage.

Neben einigen Detailaspekten werden im Verlauf der Erörterung vor Allem eine zügige Behandlung der Fragen von fachlicher Ausdifferenzierung, von weiteren Verfahren sowie der Gestaltung der Antragsformulare ebenso als erforderlich angesehen wie ein beschleunigtes Verfahren hinsichtlich der Vorbereitung und Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen. Herr Jablonski betont ebenfalls die Notwendigkeit einer zügigen Vorbereitung der Umsetzung, auch angesichts des allgemein bekannten Fachkräftemangels, erläutert die Struktur des Antragsverfahrens inklusive der strukturierten Darstellung von Bedarfen und Inhalten sowie die Entscheidungsstruktur z. B. auf der Basis von Sozialindizes, Ergebnissen von Sprachstandsuntersuchungen etc. und sagt zu, die Träger kurzfristig und noch vor der Sitzung der Deputation zu einem Gespräch einzuladen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Kastens, Herr Dr. Schlepper, Herr Möhle, Frau Leonidakis, Frau P. Krümpfer, Herr Dr. Güldner, Herr Jablonski

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Verteilung der Kita-Verstärkungsmittel gemäß der Darstellung in dieser Vorlage an die Kindertageseinrichtungen/Kinder- und Familienzentren zu. Der öffentliche Träger stimmt vor der Sitzung der Deputation am 14.02.2018 das Verfahren mit den freien Trägern ab und erläutert die vorgesehenen Indikatoren.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 10: Interessenbekundungsverfahren – Weitere Umsetzungsempfehlungen

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 11: Berichte der Verwaltung:

- **„Bäderkonzept – Ferienticket 2018“**

Der JHA nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

- **Organisatorische und personelle Veränderungen in der Fachabteilung Junge Menschen und Familie der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport**

Frau Frank stellt sich als neue Leiterin der Fachabteilung 2, Junge Menschen und Familie, vor. Sie teilt ferner mit, dass nach dem Wechsel Frau Hellbachs in eine Stabsfunktion zur Bearbeitung von Fragen des Bundesteilhabegesetzes, Herr Michael Bauer die kommissarische Leitung des Referates 400-20, Junge Menschen in besonderen Lebenslagen, wahrnimmt. Ferner sei Frau Christiane Schrader in die Funktion der Leitung des Referates 400-22 Jugendförderung ein-getreten und zudem der bisherigen Abschnitt 400-200, Übergreifende Grundsatz-, Planungs- und Entwicklungsaufgaben der Erziehungshilfe, der Wirtschaftlichen Jugend- und Sozialhilfe für Minderjährige und Junge Menschen, des Berichtswesens und Controllings sowie der Fachverfahren (IT), in ein neues Referat 400-23 umgewandelt worden wegen der Vielfalt und der Bedeutung der dort wahrgenommenen Aufgaben.

Schließlich erläutert Frau Frank, dass es, nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Schwarz aus dem Dienst und dem Wechsel Frau Hellbachs in die andere Funktion, im Rahmen einer Interimslösung erforderlich wurde, die Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Landesjugend-amtes zu regeln, um in den für das Ressort SJFIS relevanten

Handlungsfeldern der Jugendhilfe z. B. gegenüber der Bundesebene über Ansprechpartner zu verfügen. Daher werde ab sofort Frau Christiane Schrader im Rahmen einer ressortinternen Vertretungsregelung die kommissarische Leitung des Landesjugendamtes übernehmen. Frau Frank weist ausdrücklich darauf hin, dass sich selbstverständlich daraus keine Weisungsbefugnis im Hinblick auf die im Ressort SKB wahrgenommenen Aufgaben der Jugendhilfe ergebe. Im Übrigen werde noch eine Abstimmung mit dem Ressort SKB erfolgen, in welcher Struktur die Funktion der Leitung des Landesjugend-amtes und auch deren Stellvertretung künftig wahrgenommen werden soll, um sicherzustellen, dass die gesamte Bandbreite der Kinder- und Jugendhilfe z. B. auch gegenüber der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter vertreten werden kann.

- **personelle Veränderungen in der Abteilung 3 der Senatorin für Kinder und Bildung**

Herr Jablonski teilt mit, dass inzwischen Frau Kathrin Blumenhagen die Leitung des Referats 30, Tagesbetreuung von Kindern in Einrichtungen und Tagespflege, übernommen habe. In diesem Referat würden auch Aufgaben des Landesjugendamtes durch künftig 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wahrgenommen.

TOP 12: Verschiedenes

- **Untersuchungen von Kindern im Rahmen von Kindertagesbetreuung**

Es wird berichtet, es sei zu Irritationen hinsichtlich der Untersuchungen durch das Gesundheitsamt, Setzung von Prioritäten und Regeln für die Untersuchungen gekommen und ferner bestünden Zweifel an einer angemessenen Ausstattung des Gesundheitsamtes mit adäquaten Personalressourcen. Frau Gerken stellt die Durchführung von entsprechenden Untersuchungen im Bereich von KITA Bremen als das Kerngeschäft dar, während mit anderen Trägern von Kindertagesbetreuung jeweils Individualvereinbarungen getroffen würden. Sie kündigt weitere Berichterstattung im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes an.

- **Fachtag zum 15. Kinder- und Jugendbericht**

Frau Frank teilt mit, dass der Zeitpunkt der Durchführung des Fachtages den möglichen Referententerminen angepasst werden musste und Alternativen nicht zur Verfügung standen.

für das Protokoll:

Arnd Möller